

Das Versagen gegenüber den Juden

Auszug aus: [John S. Conway](#), Die nationalsozialistische Kirchenpolitik 1933-1945. Ihre Ziele, Widersprüche und Fehlschläge, München: Chr. Kaiser 1969, S. 275-281.

Das ganze deutsche Volk feierte die schnelle Folge von Siegen an der Ostfront mit großem Jubel. Nur einige wenige sahen die schrecklichen [276] Konsequenzen voraus, die ein totaler Sieg nicht nur für die christlichen Kirchen, sondern für das ganze sittliche Leben des Landes mit sich bringen mußte. Die meisten Kirchenmänner machten sich die allgemeine Ansicht zu eigen, Deutschland sei durch eine internationale Verschwörung in den Krieg hineingezogen worden und habe einen Verteidigungskampf zu bestehen. In den Verfolgungen, von denen diese Kirchenmänner persönlich wußten, sah man isolierte Einzelfälle, keinesfalls aber eine planmäßig verfolgte Politik der Nationalsozialisten. Die in den besetzten Ländern verübten Brutalitäten und Ausschreitungen suchte man als bedauerliche Kriegsfolgen zu entschuldigen. Ebenso wurde die repressive Macht der [Gestapo](#), auch wenn sie von Tag zu Tag bedrohlicher und umfassender wurde, als Kriegsnotwendigkeit erklärt. Unter diesen Umständen überrascht es nicht, daß die schrecklichste Greuelthat der ganzen NS-Zeit – die Ausrottung der Juden mit den Schrecknissen der [Massenmorde](#) und Gaskammern – nicht laut und nachdrücklich von den Kirchen angeprangert wurde. In einer Zeit beispielloser Prüfungen des moralischen Mutes und des Gewissens aller wollten die Deutschen – bis auf einzelne Kirchenmänner – nicht sehen, was geschah, zogen sich in apathische Gleichgültigkeit zurück und legten sogar eine Art von sympathisierender Zustimmung an den Tag. Die resoluten Proteste, die, wie einige Kritiker behaupten, jene unsäglichen Grausamkeiten wenigstens teilweise hätten verhüten können, blieben ungesprochen. Nur eine verschwindend kleine Minderheit hielt den christlichen Grundsatz der Heiligkeit menschlichen Lebens hoch, aber sie war zu klein und zu schwach und konnte daher weder als repräsentativ gelten noch irgendetwas ausrichten¹.

Die immer deutlicher werdende [Diskriminierung der Juden in Wort und Tat](#) traf die deutschen Kirchen an einer ihrer schwächsten und verwundbarsten Stellen. Große Teile des Klerus wie der Laien hegten [antisemitische](#) Gefühle; außer einigen Anhängern Pastor Niemöllers hatte sich niemand an früheren rassistischen Maßnahmen der Nationalsozialisten gestoßen, weder an den [Nürnberger Gesetzen](#) noch an der Anwendung des „[Arierparagraphen](#)“ für alle Beamten. Ohne jeden Zweifel offenbarten die brennenden Synagogen der „[Reichskristallnacht](#)“ im November 1938 die wahren Absichten der Nationalsozialisten gegen die [277] Juden, die noch nicht vor dem kommenden NS-Terror geflohen waren. Damals wurden mindestens 20 000 Juden ins [Konzentrationslager](#) gebracht, wo einige hundert infolge der schlechten Behandlung starben; weitere 17 000 wurden nach Polen abtransportiert, während die übriggebliebenen Juden eine [Kollektivbuße](#) von 1 [Billion](#) Mark zu zahlen hatten². Bei Kriegsausbruch machte man die Juden dafür verantwortlich, da sie aufgrund ihrer internationalen Verbindungen die Feindseligkeiten geschürt und Polen, England, die Sowjetunion und schließlich die Vereinigten Staaten dazu getrieben hätten, „ihre infame und unvorhergesehene Aggression“ gegen Deutschland zu starten. Die Berichte über das Verschwinden einzelner Juden und über die Grausamkeiten in den Konzentrationslagern mehrten und verbreiteten sich von Tag zu Tag, vor allem nach der

¹ In den [Schwalbacher Thesen](#) (Thesen christlicher Lehrverkündigung im Hinblick auf umlaufende Irrtümer über das Gottesvolk des Alten Bundes) von 1950 heißt es: „Unter den Christen haben zwar einzelne den Verfolgten tapfer geholfen, die große Mehrzahl aber hat gegenüber dieser unerhörten Herausforderung des barmherzigen Gottes durch die Verfolger schmachlich versagt.“ Zitiert nach [G. Lewy](#), Die katholische Kirche und das Dritte Reich, 1965, 323.

Zur Auseinandersetzung um das Verhalten der Kirche zu diesem tragischen Geschehen vgl. D. Goldschmidt und H. J. Kraus (Hg.), Der Ungekündigte Bund, 1962, – eine Zusammenstellung der öffentlichen Diskussion auf dem Kirchentag 1961. Weitere Literatur und Dokumente bei K. Meier, Kirche und Judentum. Die Haltung der evangelischen Kirche zur Judenpolitik des Dritten Reiches, 1968; für die katholische Seite vgl. G. Lewy, a.a.O., 1965, 294 ff.

² Es folgten weitere drakonische Maßnahmen: alle Juden mußten auf offiziellen Dokumenten die Vornamen *Israel* oder *Sarah* ihrem Namen anfügen, verschiedene berufliche Tätigkeiten wurden ihnen untersagt, Edelmetalle und Kunstgegenstände mußten abgeliefert werden; die Juden durften kulturelle Veranstaltungen nicht mehr besuchen und Schlaf- und Speisewagen nicht mehr benutzen, öffentliche Parks und Bäder durften sie nicht betreten. Jüdische Schulkinder wurden aus den Schulen ausgeschlossen; die Juden mußten höhere Steuern bezahlen und durften weder einen Wagen noch eine Fahrerlaubnis besitzen. Jüdische Organisationen wurden aufgelöst, Publikationsorgane verboten, Funktionäre verhaftet. Zunächst wurde die Auswanderungswelle gefördert, aber am 1.10.41 wurde die Emigration nicht mehr gestattet. Vgl. K. Meier, Kirche und Judentum, 14.

ersten umfassenden „Säuberung“ der Stadt Stettin im eiskalten Winter 1940. Die Bemühungen von Pastor [Grübers](#) Hilfskomitee, den hilflosen Opfern mit Medikamenten zu helfen und für verlassene jüdische Kinder zu sorgen, wurden von der Gestapo sofort gestoppt. Im Dezember 1940 wurde das Haus „an der Stechbahn“ in Berlin, wo das Hilfskomitee sein [Büro](#) hatte, geschlossen und Dr. Grüber verhaftet. Ein paar Tage später mußte sein Mitarbeiter, Dr. [Sylten](#), den Weg nach [Dachau](#) antreten, wo er später umkam. Die illegalen Bemühungen einzelner, für Pässe, Lebensmittel und Arbeitserlaubnis zu sorgen, ermöglichte einigen Opfern die Rettung, einige andere wurden in abgelegenen Pfarrhäusern in entfernten Winkeln des Landes verborgen; aber jegliche organisierte Bemühung, die mißliche Lage der Juden zu erleichtern, war unmöglich.

Im September 1941 wurde die Diskriminierung der Juden auf die Spitze getrieben, denn jeder Jude über sechs Jahre mußte, wenn er in der Öffentlichkeit erschien, auf der linken Brust den [gelben Davidsstern](#) tragen. Ungeachtet der Bemühungen einiger Geistlicher, die ihre Gemeindeglieder dazu aufriefen, sich besonders um die „nichtarischen“ Christen in ihren Reihen zu kümmern, wurde die Furcht vor noch schrecklicheren Maßnahmen immer größer. Diese Furcht bewahrheitete sich am 15. Oktober, als die [Zwangsverschleppung](#) der ganzen jüdischen Bevölkerung mit unbekanntem Ziel nach Osten begann.

Endlich wachten nun die Führer der christlichen Kirchen auf und sa-[278]hen ein, daß sie zu lange geschwiegen hatten. Jetzt erst merkten sie, daß Christentum und Judentum nicht länger als gegeneinander gerichtete Bewegungen anzusehen waren, sondern in ihrer Not und in ihrem Unglück zusammgehörten. Nur die „[Deutschen Christen](#)“ hielten an der nationalsozialistischen Auffassung von der „Schuld“ der Juden fest. In einer Verordnung von Ende 1941 bestimmten die deutschchristlichen Kirchenführer:

„Die nationalsozialistische deutsche Führung hat mit zahlreichen Dokumenten unwiderleglich bewiesen, daß dieser Krieg in seinen weltweiten Ausmaßen von den Juden angezettelt worden ist. Sie hat deshalb im Inneren wie nach außen die zur Sicherung des deutschen Lebens notwendigen Entscheidungen und Maßnahmen gegen das Judentum getroffen.

Als Glieder der deutschen Volksgemeinschaft stehen die unterzeichneten deutschen Evangelischen Landeskirchen und Kirchenleiter in der Front dieses historischen Abwehrkampfes, der u. a. die Reichspolizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden als der geborenen Welt- und Reichsfeinde notwendig gemacht hat, wie schon Dr. Martin Luther nach bitteren Erfahrungen die Forderung erhob, schärfste Maßnahmen gegen die Juden zu ergreifen und sie aus deutschen Landen auszuweisen.

Von der Kreuzigung Christi bis zum heutigen Tag haben die Juden das Christentum bekämpft oder zur Erreichung ihrer eigennützigen Ziele mißbraucht oder verfälscht. Durch die christliche Taufe wird an der rassischen Eigenart eines Juden, seiner Volkszugehörigkeit und seinem biologischen Sein nichts geändert. Eine deutsche Evangelische Kirche hat das religiöse Leben deutscher Volksgenossen zu pflegen und zu fördern. Rassejüdische Christen haben in ihr keinen Raum und kein Recht.

Die ... deutschen Evangelischen Kirchen und Kirchenleiter haben deshalb jegliche Gemeinschaft mit Judenchristen aufgehoben. Sie sind entschlossen, keinerlei Einflüsse jüdischen Geistes auf das deutsche religiöse und kirchliche Leben zu dulden.“³

Bis 1943 schwieg die [Bekennende Kirche](#); dann erhielt der bayerische Landesbischof ein Schreiben von einigen Gemeindegliedern, in dem diese ihre Sorgen und Beklemmungen ausdrückten:

„Die Kirche hat daher allen Juden unermüdlich zu bezeugen, so wie es die ersten Apostel – nach Golgatha! – getan haben: ‚Euch zuvörderst hat Gott auferweckt seinen Knecht Jesus und hat ihn zu euch gesandt, euch zu segnen, daß ein jeglicher sich bekehre von seiner Bosheit‘ (Apg. 3,26).

Dieses Zeugnis kann die Kirche nur dann für Israel glaubwürdig ausrichten, wenn sie sich zugleich der ‚unter die Mörder gefallenen‘ Juden annimmt.

³ Ebd., 115 f; KJ, 481.

Sie hat dabei insbesondere jenem ‚christlichen‘ Antisemitismus in der Gemeinde selbst zu widerstehen, der das Vorgehen der nichtchristlichen Welt gegen die Juden, beziehungsweise die Passivität der Kirche in dieser Sache mit dem ‚verdienten‘ Fluch über Israel entschuldigt und die Mahnung des Apostels an uns Heidenchristen vergißt: ‚Sei nicht stolz, sondern fürchte dich. Hat Gott die natürlichen Zweige nicht verschont, daß er vielleicht dich auch nicht verschone‘ (Röm. 11,20 f.).

Dem Staat gegenüber hat die Kirche diese heilsgeschichtliche Bedeutung Israels zu bezeugen und jedem Versuch, die Judenfrage nach einem selbstgemachten politischen Evangelium zu ‚lösen‘, das heißt das Judentum zu vernichten, aufs äußerste zu widerstehen als einem Versuch, den Gott des Ersten Gebotes zu bekämpfen. Die Kirche muß bekennen, daß sie als das wahre Israel in Schuld und Verheißung unlösbar mit dem Judentum verknüpft ist. Sie darf nicht länger versuchen, vor dem gegen Israel gerichteten Angriff sich selbst in Sicherheit zu bringen. Sie muß vielmehr bezeugen, daß mit Israel sie und ihr Herr Jesus Christus selbst bekämpft wird.“⁴

Diese mutige Aussage verlor jedoch viel von ihrer Wirkung, weil sie anonym eingeschickt wurde. Als der Bischof sich um wenigstens zwei Unterschriften unter dieses Dokument bemühte, meldete sich niemand freiwillig. Dennoch – eine Abschrift kam an den württembergischen Bischof [Wurm](#), der bewies, daß er aus anderem Holz geschnitzt war und sich nicht vor den Repressalien der Gestapo fürchtete. Obwohl Wurm, ähnlich wie [Niemöller](#), früher viele der nationalistischen Vorurteile gegen die Juden und Ausländer geteilt und 1938 die Notwendigkeit von Rassegesetzen öffentlich anerkannt hatte, folgte er nun dem Ruf des Evangeliums.

Am 12. März 1943 schrieb er an das [Kirchenministerium](#):

„Die gegen die Juden ergriffenen Maßnahmen, besonders soweit sie außerhalb der geltenden Gesetze vor sich gehen, bedrücken schon längst viele Kreise in unserem Volk, besonders die christlichen. Bei dem gegenwärtigen schweren Erleben erhebt sich unwillkürlich in vielen Gemütern die Frage, ob unser Volk nicht eine Schuld auf sich geladen hat dadurch, daß Menschen ohne den Spruch eines zivilen oder militärischen Gerichts ihrer Heimat, ihres Berufs, ihres Lebens beraubt worden sind.

Die christlichen Kirchen haben sich im Blick auf die Möglichkeit einer politischen Ausnützung eines öffentlichen Protestes durch das feindliche Ausland in dieser Hinsicht große Zurückhaltung auferlegt. Sie können aber unmöglich dazu schweigen, daß neuerdings auch die in Mischehen mit christlichen Deutschen lebenden, teilweise selbst einer christlichen Kirche angehörenden Juden aus Haus und Beruf herausgewiesen und in den Osten abtransportiert werden. Damit werden Ehen, die durch kirchliche Trauung geschlossen sind, getrennt und die Kinder aus diesen Ehen schwer geschädigt ...“⁵

In zwei weiteren Briefen, die Wurm im Juli und Dezember 1943 an verschiedene Mitglieder der Reichsregierung schrieb und die später unter der Hand in den Gemeinden zirkulierten, setzte der Bischof seine Proteste im Namen der Kirche und der Menschlichkeit fort:

„Im Namen Gottes und um des deutschen Volkes willen sprechen wir die dringende Bitte aus, die verantwortliche Führung des Reiches wolle der Verfolgung und Vernichtung wehren, der viele Männer und Frauen im deutschen Machtbereich ohne gerichtliches Urteil unterworfen werden. Nachdem die dem deutschen Zugriff unterliegenden Nichtarier in größerem Umfang beseitigt worden sind, muß aufgrund von Einzelvorgängen befürchtet werden, daß nunmehr auch die bisher noch verschont gebliebenen sogenannten privilegierten Nichtarier erneut in Gefahr sind. [280] Insbesondere erheben wir eindringlichen Widerspruch gegen solche Maßnahmen, die die eheliche Gemeinschaft in rechtlich unantastbaren Familien und die aus die-

⁴ H. Hermelink, Kirche im Kampf. Dokumente des Widerstandes und des Aufbaus in der Evangelischen Kirche Deutschlands von 1933 bis 1945, 1950, 651.

⁵ KJ, 432 f.; G. Schäfer (Hg.), Landesbischof Wurm und der nationalsozialistische Staat 1940-1945. Eine Dokumentation, 1968, 160 f. – Theophil Wurm (1868-1953) war seit 1929 württ. Kirchenpräsident, von 1933-1949 Landesbischof. Nach dem Kriege leitete er die Neuordnung der ev. Kirche ein und wurde der erste Ratsvorsitzende der EKD.

sen Ehen hervorgegangenen Kinder bedrohen. Diese Absichten stehen, ebenso wie die gegen die anderen Nichtarier ergriffenen Vernichtungsmaßnahmen, im schärfsten Widerspruch zu dem Gebot Gottes und verletzen das Fundament alles abendländischen Denkens und Lebens, insonderheit das gottgegebene Unrecht menschlichen Daseins und menschlicher Würde überhaupt.“⁶

In diesem tragischen Kapitel der deutschen Geschichte verhielt sich die katholische Kirche, wie [Gunter Lewy](#) zur Genüge belegt hat, von wenigen Ausnahmen abgesehen ähnlich schwankend und unschlüssig. Obgleich im Winter 1941 in der Bevölkerung wohlbegründete Gerüchte über die nationalsozialistische Ausrottungspolitik umliefen, beschränkten die katholischen Bischöfe ihre Intervention auf Protestbriefe zugunsten „nichtarischer“ Katholiken oder mit Katholiken verheirateter Juden. Im November protestierten sie gegen einen Entwurf, nach dem diese Ehen zwangsweise geschieden werden sollten: so willkürlich dürfe das katholische Sakrament der Ehe nicht aufgelöst werden. Aber der Protest verlor viel von seiner Kraft durch einen Zusatz [Kardinal Bertrams](#), der mit unterzeichnet hatte und nun noch betonen wollte, seine Worte entsprängen nicht „einem Mangel an Liebe zum Deutschtum, einem Mangel an Gefühl nationaler Würde ...“, auch nicht einer Geringschätzung der schädlichen Einflüsse eines Überwucherns jüdischer Einflüsse gegenüber deutscher Kultur und vaterländischer Interessen“⁷.

Einer Regierung gegenüber, die zu Maßnahmen von beispielloser Grausamkeit griff, und einem Volk gegenüber, das fast durchweg von der Schlechtigkeit der Juden überzeugt war, machten die deutschen katholischen Kirchenführer nur geringe Anstrengungen, um ihren Gemeinden die Augen zu öffnen für das enorme Ausmaß der von der politischen Führung verübten Greuelthaten. Die vagen allgemeinen Aufrufe von den Kanzeln über die Notwendigkeit der Menschenliebe reichten nicht aus, um ihre Leute von der Teilnahme an den folgenden Massenmorden abzuhalten; von den Nationalsozialisten wurden sie völlig überhört.

„Wenn er (der Episkopat) seine Stimme für die Juden, die in die gleichen Gaskammern gebracht wurden, nicht erhob, so spielte dabei die weitverbreitete Indifferenz der deutschen Bevölkerung eine große Rolle. In Frankreich, Belgien und Holland galt es fast überall als Zeichen der Vaterlandsliebe, wenn man sich mit den Juden solidarisch erklärte und ihnen half. In Deutschland dagegen hätte man die Bischöfe, wenn sie sich ebenso verhalten hätten, erneut als undeutsche Elemente beschimpft und zu Verbündeten von Deutschlands Todfeinden erklärt. Ihre Gläubigen würden wahrscheinlich eine solche Sympathie für die Juden gar nicht verstanden und sie mißbilligt haben, denn die Kirche hatte ja jahrelang behauptet, daß die Juden dem Deutschtum schadeten.“⁸

[281] Erst 1943 erkannten die Kirchen die Notwendigkeit, ihr Schweigen aufgeben zu müssen. Im Oktober richtete die [altpreußische Bekenntnissynode](#) ein Wort an alle ihre Gemeinden und verfaßte eine Auslegung des 5. Gebotes, in der es u. a. heißt:

„Über die Tötung des Verbrechers und des Feindes im Kriege hinaus ist dem Staat das Schwert nicht zur Handhabung gegeben ... Begriffe wie ‚Ausmerzen‘, ‚Liquidieren‘, ‚unwertes Leben‘ kennt die göttliche Ordnung nicht. Vernichtung von Menschen, lediglich weil sie Angehörige eines Verbrechers, alt oder geisteskrank sind oder einer anderen Rasse angehören, ist keine Führung des Schwertes, das der Obrigkeit von Gott gegeben ist.“⁹

Die Erklärung wagte sich kaum bis zu einem neuen Verständnis der Beziehungen zwischen Christen und Juden vor und rief nicht zur Buße darüber auf, was den „unter die Räuber Gefallenen“ angetan war. Aber sie erkannte wenigstens die moralischen Forderungen der Stunde, – leider jedoch kam sie zehn Jahre zu spät.

⁶ Ebd., 164 f.

⁷ Zitiert nach G. Lewy, a.a.O., 316. Zu Kardinal Bertrams Anweisungen an den Klerus vom 17.9.41, die dazu aufforderten, nicht die jüdischen Katholiken zu verletzen, vgl. H. Boberach (Hg.), Meldungen aus dem Reich. Auswahl aus den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS 1939-1944, dtv 477, 1968, 181 ff.

⁸ So G. Lewy, a.a.O., 321 f.

⁹ KJ, 399 ff.